

INTERGLOBAL

SÜDAFRIKA

Vor der Spaltung

Von Bustos Domecq

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) steckt in der tiefsten Krise seit dem Ende der Apartheid. Der künftige Präsidentschaftskandidat Jacob Zuma polarisiert die einstige Befreiungsbewegung und ganz Südafrika.

Für Vegetarier hat Mzoli Ngcawuze nichts übrig. Er verdient sein Geld mit Fleisch. Vor fünf Jahren eröffnete der Südafrikaner eine Metzgerei mit

Restaurant in Gugulethu, einem Vorort südlich von Kapstadt. Seither hat sich „Mzoli's Meat“ zum angesagtesten Treffpunkt in dem Township entwickelt. Vor allem sonntags drängelt sich eine Menschenmenge vor dem einstöckigen Steinhaus. Die Gäste kaufen Unmengen Fleisch und bringen es zu den Grillstellen hinter dem Gebäude. Während ihre Steaks zubereitet werden, warten sie auf einer Terrasse. Ihr Bier haben sie aus einer She-

been, einem der unzähligen legalen und illegalen Läden in der Nähe, wo es Alkohol zu kaufen gibt. Wer keinen freien Platz mehr gefunden hat, bleibt im Auto oder steht auf der Straße vor dem Lokal. Aus den Lautsprechern wummert Kwaito, eine Mischung aus House, HipHop und Reggae, die Musik der Townships.

„Mzoli's Meat“ genießt Kultstatus. Der Wirt kümmert sich zuvorkommend um seine Kundschaft. Darunter

sind Geschäftsleute und Studenten, TV-Stars und Arbeiter, Prominente und Normalsterbliche - Männer und Frauen aller Hautfarben. Eine Gruppe trägt schwarze T-Shirts mit dem Emblem des „African National Congress“ (ANC), der mächtigen Regierungspartei Südafrikas. Gugulethu mit seinen rund 330.000 Einwohnern ist eine ANC-Hochburg. „Wenn wir hier keine Zweidrittelmehrheit erreichen, haben wir versagt“, erklärt Pacs Kgosinkwe.

Die andere Seite des Regenbogens

(BD) - Seit die einstige Befreiungsbewegung mit Nelson Mandela an der Spitze 1994 an die Macht kam, hat sie vieles erreicht: Die Regierung ließ in den Townships Millionen von Billighäusern bauen, verschaffte den Menschen Zugang zu Trinkwasser und sorgte dafür, dass mehr als zwei Drittel aller Haushalte einen Elektrizitätsanschluss bekamen. Schwangere und Kinder bis zu sechs Jahren erhalten seither kostenlos medizinische Hilfe.

Südafrika hat fast alles, was zu einer Demokratie gehört, nicht zuletzt eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt. Die Wirtschaft floriert, das Land verbucht ein jährliches Wachstum von etwa fünf Prozent, die Währung ist stabil. Die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung unter Präsident Thabo Mbeki - der studierte Volkswirt ist seit 1999 Mandelas Nachfolger - zog internationale Investoren an. Doch an der Massenarmut änderte sie kaum etwas. Viele Südafrikaner sind von Mbeki enttäuscht. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich sogar vergrößert: ganz oben steht die zumeist weiße Oberschicht, gefolgt von einem gewachsenen Mittelstand und einer breiten Unterschicht von 30 Millionen Menschen. Letztere besteht auch noch anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid vor allem aus Schwarzafrikanern. Viele von ihnen leben unter der Armutsgrenze. Die

Arbeitslosenrate liegt nach inoffiziellen Schätzungen bei etwa 40 Prozent, und die Lebenshaltungskosten steigen unaufhörlich.

Die Folgen sind Spannungen in den Townships und eine wachsende Ungeduld an der Basis des ANC. Der mächtige Gewerkschaftsdachverband „Congress of South African Trade Union“ (Cosatu) wirft der Regierung vor, zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zu nehmen. Mit dem Programm des „Black Economic Empowerment“, das eine Beteiligung schwarzer Südafrikaner vorsieht, wird lediglich eine kleine Unternehmerelite gefördert. Auch den Kampf gegen die ausufernde Kriminalität scheint die Regierung verloren zu haben. Zwar hat sie die Polizei in den vergangenen Jahren personell aufgerüstet und ist die Zahl der Gewaltverbrechen seit 2001 rückläufig. Dennoch nimmt Südafrikas Kriminalitätsrate mit etwa 18.500 Morden und knapp 55.000 registrierten Vergewaltigungen pro Jahr nach wie vor einen unrühmlichen Spitzenplatz weltweit ein. Viele vor allem nicht-schwarze Südafrikaner der so genannten Regenbogennation - und dazu gehören neben den Weißen sowohl Inder als auch die so genannten „Coloureds“ - spielen mit dem Gedanken auszuwandern oder haben es bereits getan. Sie fühlen sich von der Politik des ANC benachteiligt, obwohl dieser sich als eine Nationalbewegung versteht, der sich Menschen aller Hautfarben anschließen können.